



POLITIK / KOMMENTAR

USA - zurück ins 18. Jahrhundert ...

(SB) - "Build that wall, build that wall!" - die Sprechchöre aus dem Wahlkampf, angeheizt vom Immobilien-Impresario höchstselbst, noch im Ohr besteht der US-Präsident darauf, eine Milliarden Dollar verschlingende blutige Mauer an der Südgrenze nach Mexiko zu errichten. Das war die wichtigste Forderung in seiner State of the union-Rede ... (S. 3)

POLITIK / MEINUNGEN

poonal -
Pressedienst
lateinameri-
kanischer
Nachricht-
tenagenturen

**USA kön-
nen nicht
akzeptie-
ren, dass
China über
das venez-
lanische Öl
bestimmt**



Foto: Roosevelt
Pinheiro/ABr via
Wikimedia Commons

In der ersten Ausgabe dieses Jahres in seiner Sendung [1] auf dem Radiosender M24 [2] sprach der ehemalige Präsident der Republik Uruguay José "Pepe" Mujica [3] über die aktuellen Ereignisse in Venezuela. Im folgenden ist die gesamte Rede des ... (S. 9)

Militär - systemische Kriegsverbrechen der Briten ...

(SB) 6. Februar 2019 - Seit der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens krankt die Versöhnung in Nordirland zwischen nationalistischen Katholiken und protestantischen Unionisten an einer mangelhaften Aufarbeitung der sogenannten Troubles, die zwischen 1968 und 1998 3.500 Menschen das Leben kosteten und weitere Zehntausende verkrüppelt oder traumatisiert zurückließen. Viele Mordfälle bleiben bis heute unaufgeklärt. Nicht wenige Hinterbliebene wissen nicht einmal, wo sich das geliebte Familienmitglied bzw. dessen Leiche befindet und haben sich niemals mit einer Trauerfeier von ihm verabschieden können.

Seit Jahren fordern deshalb die Opferfamilien auf beiden Seiten des konfessionellen Grabens die Einrichtung einer Wahrheitskommission, vor der ehemalige Loyalisten, IRA-Mitglieder, Polizisten und Armeeangehörige aussagen und zur Aufklärung beitragen könnten und die im Gegenzug bei ehrlicher Zusammenarbeit Straffreiheit garantiert bekämen. Doch dazu kommt es nicht, weil die britische Regierung nicht nur vereinzelt Armeesoldaten und -offiziere wegen irgendwelcher Verfehlungen nicht an den Pranger gestellt sehen will, sondern vor allem, weil sie das Ausmaß der Verwicklung der eigenen Geheimdienste MI5 und FRU

in die Aktivitäten republikanischer und loyalistischer "Terrorgruppen" vertuschen will.

Eine Folge der Weigerung des britischen Staates, bis auf die Abhaltung einer großen Kommission zum "Bloody Sunday" 1972 in Derry die Verantwortung für die Missetaten seiner Bediensteten in Irland zu übernehmen, ist, daß diese quasi dazu verdammt sind, dieselben "Fehler" bei anderen Auslandseinsätzen zu wiederholen. Den Beweis für diese These lieferte der preisgekrönte, aus Liverpool stammende Kriegskorrespondent und Historiker Ian Cobain in einem erhellenden, aber letztlich deprimierenden Artikel, der am 4. Februar bei Middle East Eye unter der Überschrift "Exclusive: British army permitted shooting of civilians in Iraq and Afghanistan" erschienen ist. Demnach hatten britische Armeeangehörige im Irak und in Afghanistan von ihren Vorgesetzten die ausdrückliche Erlaubnis, Zivilisten zu erschießen, und haben davon reichlich Gebrauch gemacht.

Im Mittelpunkt des Artikels steht der Einsatz britischer Truppen ab 2004 im südirakischen Basra und ab 2007 in der afghanischen Provinz Helmand. In Basra sahen sich die britischen Besatzungssoldaten nach dem Blitzsieg im Frühjahr 2003 über die Armee Saddam

Husseins recht schnell mit einem Aufstand der schiitischen Mahdi-Armee des jungen "Radikalpredigers" Muktda Al Sadr konfrontiert, die großen Rückhalt bei der Zivilbevölkerung genöß. Tatsächlich sehen die Genfer Konventionen den Einsatz tödlicher Gewalt gegen Zivilisten als legale Handlungsoption vor. Bedingungen dafür sind jedoch erstens, daß das Leben der Soldaten in Gefahr ist und/oder der betreffende Zivilist "sich direkt an Kampfhandlungen beteiligt" hat.

Was die "direkte Beteiligung" eines Zivilisten am Kriegsgeschehen betrifft, da streiten sich die Juristen über Bedeutung und Auslegung. In Basra haben die britischen Soldaten eine Praxis übernommen, die sie im Kampf gegen die Irisch-Republikanische Armee (IRA) in Nordirland angewandt haben. Jede Person, die den Anschein erweckte, sie leistete Späharbeit für den Feind, konnte erschossen werden (Solche Leute nannten die Soldaten "Dickers"). Dadurch kamen viele junge Iraker ums Leben, die deshalb von den Soldaten umgebracht wurden, weil sie in deren Reichweite per Mobiltelefon mit jemandem kommunizierten oder auch nur ein solches Gerät in der Hand hielten. Cobain berichtet von einem erschütternden Fall, den ihm ein ehemaliges Mitglied der Royal Marines bezeugte und bei dem ein irakischer Vater mit der blutigen Leiche seines erschossenen acht Jahre alten Sohnes vor dem Tor eines britischen Militärpostens erschienen ist und völlig verzweifelt von den Soldaten Aufklärung forderte, jedoch keine erhielt.

2007 wurde die Position der Briten bei Basra immer bedrängter. Wegen der vielen Minen, welche die Auf-

ständischen am Straßenrand vergraben, durften auch Personen mit Spaten in der Hand erschossen werden, was auch vielfach geschah. Die Soldaten, besonders bei Nachtpatrouillen, brauchten nicht die Erlaubnis ihrer Vorgesetzten einzuholen, sondern konnten nach eigenem Ermessen das Feuer auf jeden und alles eröffnen. Cobain zitiert einen britischen Irakkriegsveteranen mit den Worten: "Wir haben auf alte Männer und junge Männer geschossen. Das kann ich bezeugen. Ich habe noch niemals eine solche Gesetzeslosigkeit erlebt." Die Eskalation der Brutalität half den britischen Besatzungstruppen im Südirak nicht. Ende 2007 mußten sie alle Außenposten räumen und sich am Flughafen von Basra verbarrikadieren, was nicht nur die Einheimischen, sondern auch die Experten im Pentagon als peinliche Niederlage bewerteten. 2009 verließ die britische Armee den Irak endgültig.

2006 kamen die britischen Streitkräfte in die südafghanische Provinz Helmand. Dort hatten sie es mit einer wiedererstarkten Taliban-Bewegung zu tun. Auch hier wurden die selben Einsatzregeln in bezug auf "Dickers", oder Menschen, die man aufgrund verdächtigen Verhaltens dafür hielt, angewandt. Ein Ex-Soldat berichtet gegenüber Cobain von einer Vertuschungsaktion, nachdem zwei afghanische Jugendliche "fälschlicherweise" erschossen wurden. Vom nächsten Stützpunkt ließ man schnell sowjetische Gewehre holen und legte sie neben die Leichen, um die Getöteten im nachhinein als Kombattanten auszuweisen. Laut den Erkenntnissen von Cobain war es bei den britischen und amerikanischen Truppen in Afghanistan Usus, nicht registrierte Waffen von der Sorte,

welche häufig von den gegnerischen Kräften benutzt wurden, heimlich auf Lager zu halten, um bei solchen traurigen Zwischenfällen die betroffenen Soldaten rechtlich reinzuwaschen.

Doch auch in Afghanistan halfen die perfiden Tricks wenig. 2009 fielen dort 100 britischen Soldaten. 2014 zog das Vereinigte Königreich alle seine Militärangehörigen vom Hindukusch ab. Während der 13 Jahre bis dahin waren insgesamt 454 Mitglieder der britischen Landstreitkräfte in Afghanistan gefallen. Die Zahl der Verkrüppelten und Traumatisierten dürfte in die Tausende gehen. Cobain hat für seinen Artikel mit vielen britischen Afghanistan- und Irakkriegsveteranen gesprochen, die heute noch schwer unter den Folgen ihrer Kriegserlebnisse in Form der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) leiden.

Von alledem wollen die eigentlich Verantwortlichen, die Politiker in London, wenig bis gar nichts wissen. 2017 wurde das zehn Jahre zuvor von der sozialdemokratischen Regierung Gordon Browns geschaffene Iraq Historic Allegations Team (IHAT) im britischen Verteidigungsministerium abgeschafft. Dem schäbigen Schritt ging das vollmundige, an die Adresse der Generalität und der Hurra-Patrioten gerichtete Versprechen von Premierministerin Theresa May auf dem Parteitag der britischen Konservativen im Herbst 2016 voraus: "Wir werden niemals - bei keinem zukünftigen Konflikt - wieder zulassen, daß linke Aktivisten und Menschenrechtsanwälte die Mutigsten der Mutigen beschuldigen oder schikanieren können."

USA - zurück ins 18. Jahrhundert ...

(SB) 6. Februar 2019 - "Build that wall, build that wall!" - die Sprechchöre aus dem Wahlkampf, angeheizt vom Immobilien-Impresario höchstselbst, noch im Ohr besteht der US-Präsident darauf, eine Milliarden Dollar verschlingende blutige Mauer an der Südgrenze nach Mexiko zu errichten. Das war die wichtigste Forderung in seiner State of the union-Rede vor dem Repräsentantenhaus, denn damit schickte er eine weitere Kampfansage in Richtung Demokraten, deren Nichteinwilligung in die Finanzierung der Mauer den längsten Government shutdown der US-Geschichte zur Folge hatte. Indigene AktivistInnen halten dieser Forderung ohnehin entgegen, daß die Weißen doch am besten zurück nach Europa gingen. Wären sie nicht an erster Stelle gekommen, um das Land zu erobern und seine Bevölkerung zu massakrieren, dann bräuchten sie heute keine Mauer zu errichten, so der tiefere Sinn der "Back to Europe"-Meme.

Einen Donald Trump, der MexikanerInnen auf klassisch rassistische Weise als Drogenkuriere, Krankheitsträger und Verbrecher diffamiert, um gerade noch zu ergänzen, daß es auch einige gute Leute unter ihnen gebe, mit einem Amtsenthebungsverfahren in die Wüste zu schicken wäre in den Augen vieler Menschen eine höchst wünschenswerte Lösung des Problems. Doch damit haben sie die Rechnung ohne dessen Vizepräsidenten Michael Pence gemacht. Wer am Ende von beiden

schlimmer wäre ließe sich wohl nur im direkten Vergleich herausfinden. Es ist keineswegs auszuschließen, daß der ergebene Anhänger einer besonders aggressiven Strömung des evangelikalen Fundamentalismus das Rennen machte.

Pence glaubt, wie Michael D'Antonio and Peter Eisner in ihrem Buch *The Shadow President: The Truth About Mike Pence* berichten [1], fest daran, Teil eines göttlichen Plans zu sein, in dem alles, was geschieht, Ergebnis des Willens Gottes sei, als dessen Werkzeug er sich verstehe. Das ihn insbesondere betreffende Ziel dieses Planes bestehe darin, eine Regierung in den Vereinigten Staaten zu bilden, die der spezifischen Auslegung der Bibel zur Anwendung verhilft, die seine Glaubensrichtung des Dominionismus vertritt. Dessen Doktrin fußt vor allem auf den Schriften des Theologen R. J. Rushdoony, der unter anderem behauptet, im Buch *Genesis* sei dem Menschen aufgetragen worden, die Erde und Natur zu beherrschen und sich untertan zu machen. Diese anthropozentrische Ideologie resultiert im Zusammenhang mit extremer Wissenschaftsfeindlichkeit unter anderem in der Leugnung des Klimawandels und der Gutheißung aller Formen von Naturausbeutung, die heute aus gutem Grund als zerstörerisch und potentiell katastrophal kritisiert werden.

Der Dominionismus wird von seinen KritikerInnen als ein ge-

schlossenes Glaubenssystem beschrieben, das einen hohen Grad an Kontrolle entwickelt hat, mit dem die Anhängerschaft bei der Stange oder besser dem Kreuz gehalten wird. Der gesellschaftspolitische Kern der dominionistischen Doktrin solle darin liegen, der christlichen Ideologie durch die Eroberung der Zentralen der Macht hier auf der Erde zur Vorherrschaft zu verhelfen. Wie zielgerichtet Pence diese Absicht verfolgt, geht unter anderem daraus hervor, daß er auf dem Tiefpunkt der Wahlkampagne im Oktober 2016, als die Washington Post Trumps frühere Aussage veröffentlichte, er könne Frauen nach Belieben zwischen die Beine greifen, versucht habe, sich selbst auf Platz 1 der Bewerbung der Republikaner um die US-Präsidentschaft zu manövrieren [2]. Obwohl die Parteiführung nahe dran war, Trumps Nominierung als Präsidentschaftskandidat zurückzuziehen und Pence an seine Stelle zu setzen, kam es nicht so weit. The Donald vermochte es einmal mehr, mit rhetorischem Geschick und demagogischer Intelligenz, die Aufmerksamkeit von sich auf Bill Clintons sexuelle Verfehlungen als US-Präsident zu lenken.

Laut D'Antonio und Eisner hat Trump Pence vor allem deshalb zu seinem Kandidaten für die Vizepräsidentschaft gemacht, um seine Beziehungen zur evangelikalen und extremen Rechten zu festigen. Es dürfte dem Moralisten Pence nicht leicht gefallen zu

sein, die potentiellen WählerInnen angesichts der vielen beleidigenden und sexistischen Ausfälle Trumps immer wieder zu besänftigen, aber er tat es. Schließlich wußte er, daß es zur Erfüllung von Gottes Plan auch unkonventioneller Schachzüge bedurfte, so einen pragmatischen Umgang mit moralischen Verfehlungen, die den eigenen Sittenkodex in Frage stellen. Das hat sich im Wahlkampf sehr ausgezahlt, als Pence immer wieder als Trumps Ausputzer fungierte und so den gemeinsamen Erfolg sicherte.

Der besteht auch darin, daß im Weißen Haus schon jetzt evangelikale Prediger nicht nur ein und aus gehen, sondern auch Gehör finden. So beschreiben D'Antonio und Eisner, wie der selbsternannte Prophet Ralph Drollinger für die wöchentliche Gebetsstunde dort zuständig wurde, bei der Vizepräsident Pence häufig anwesend war. Laut den beiden Pence-Biographen vertritt Drollinger dort Ansichten wie die, daß es die gottgegebene Verantwortung und der wichtigste Auftrag der US-Regierung sei, die moralisch verderbte Welt auch mit dem Einsatz von Gewalt auf einen besseren Weg zu bringen. Was das bedeutete, wenn Pence selbst Herr im Weißen Haus wäre, ist angesichts der Geschichte kriegerischer US-Aggressionen unschwer vorstellbar.

Bis dahin kämpft Pence an jeder moralischen Front, die sich vor ihm auftut, so zuletzt in Verteidigung seiner Ehefrau Karen. Diese nahm eine Stelle als Lehrerin an einer christlich-fundamentalistischen Schule in Virginia an, die offiziell die Politik vertritt, ihre SchülerInnen und das Lehrperso-

nal auf eine der christlichen Sittenlehre adäquate Sexualmoral und Geschlechterordnung festzulegen. Verboten sind und Anlaß zum Ausschluß geben alle außerehelichen und gleichgeschlechtlichen Sexualkontakte wie alle Formen nicht heteronormativer Identität, so daß LGBTIQ-Menschen grundsätzlich vom Besuch der privat betriebenen Schule ausgeschlossen sind. Zudem wird Frauen laut der offiziellen Schuldoktrin aufgetragen, sich ihrem Ehegatten zu unterwerfen, wie sich die Kirche Christus unterwirft. Als Kritik an dem Entschluß der Second Lady laut wurde, den bereits zuvor an dieser Schule, an der auch ihre Tochter unterrichtet wurde, ausgeübten Job wieder aufzunehmen, machte Pence in einer öffentlichen Rede unter Verweis auf einen konservativen Soziologen geltend, daß die Zerstörung von Ehe und Familie quasi gesetzmäßig den Zerfall der Gesellschaft einleite.

Da mögen junge Menschen entsetzt sein über den zerstörerischen Umgang, der im fossilen Kapitalismus mit Mensch und Natur betrieben wird, sie mögen sich über epochale, von den USA angezettelte Kriege mit Millionen Todesopfern wie in Vietnam und im Irak empören oder die Armut im eigenen Land, das 40 Millionen Menschen dem Hunger aussetzt, beklagen - wenn sie nur folgsam bleiben, eine nette EhepartnerIn wählen und eine Familie gründen, in der neue SoldatInnen und ArbeiterInnen in die Welt gesetzt werden, dann ist alles zum Besten. Schließlich entsprechen all die Grausamkeiten in der Welt dem Willen und Plan des Herrn. Sie haben ihren Sinn, und selbst wenn dieser verborgen bleibt, ist

die Unterwerfung unter den weißen Mann im Himmel ein selbst-evidenter Glaubensakt, sprich bedarf keiner weiteren Begründung.

Anmerkungen:

[1] <https://www.counter-punch.org/2019/01/30/a-theology-of-power-mike-pence-and-the-dominionists/>

[2] <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2018/01/gods-plan-for-mike-pence/546569/>

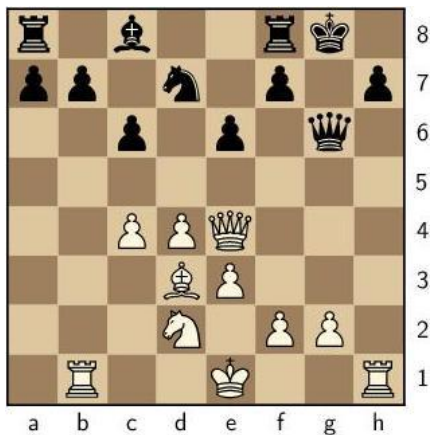
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/sele1028.html>

SCHACH - SPHINX

Fehler immer wieder neu

(SB) - Längst hat die Schachtheorie die Partien der alten Meister, Aljechin, Capablanca, Lasker, Steinitz, Reti - ach! die Reihe ließe sich um ein vielfaches fortsetzen -, bis auf die Wurzeln analysiert, hat die darin verborgenen Strategien und Gedanken ans Licht gebracht und darauf aufbauend neue Konzepte entworfen. Große Geheimnisse wird man in ihnen nicht mehr entdecken können. Mit den Fehlern ist es etwas anderes. Die besitzen ein unausrottbares Leben, und noch in Hunderten von Jahren werden Schachspieler die Fehler der Alten wiederholen, wie zum Beispiel im heutigen Rätsel der Sphinx, wo der niederländische Großmeister Ree ein altes Entlastungskonzept von Emanuel Lasker gegen das Damengambit angewandte, dann jedoch, obwohl die

Ausgleichsvariante seit langem bekannt war, eine fehlerhafte Fortsetzung wählte und schließlich in des Teufels sprichwörtliche Küche kam. Für Weiß, der die alten Schriften besser studiert hatte, war es nun ein leichtes, die Partie innerhalb weniger Züge zu gewinnen, Wanderer.



Ftacnik - Ree
Luzern 1982

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Handwerkswissen, nicht Warten auf Göttliches macht den Meister. Für Stefan Kindermann ist dies kein Geheimnis, sondern buchstäblicher Alltag, und so gewann er die Partie mit dem nüchternen 1.Sf3-e5! Nach Abtausch der einzigen realen Verteidigungsfigur ist der schwarze Monarch verloren: 1...Dc3-c1+ 2.Kg1-h2 Dc1-c7 3.Dd5-d4 f7-f6 4.Se5xg6 h7xg6 5.Te8-e6 und Schwarz gab auf, weil auf 5...Dc7-f7 6.Dd4-d6 mit der Drohung 7.Te6-e7 entscheidet.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06830.html>

POLITIK / MEINUNGEN

Ernährung - Zukunft ungewiß ...

(SB) 7. Februar 2019 - Die Pandemien von Übergewicht, Unterernährung und Klimawandel sind drei der schwerwiegendsten Bedrohungen der menschlichen Gesundheit und des Überlebens. Diese Pandemien bilden eine Globale Syndemie, beruhend auf ihr Zusammentreffen in Zeit und Ort, ihren Interaktionen auf der biologischen, psychologischen und sozialen Ebene sowie der Gemeinsamkeit der breit aufgestellten gesellschaftlichen Kräfte und bestimmenden Faktoren.

(SB) - Eine internationale Kommission, die vom Medizinjournal "The Lancet" eingesetzt wurde, empfiehlt eine umfassende Umstrukturierung der globalen Nahrungsmittelproduktion, um die "Globale Syndemie" aus den drei Pandemien Unterernährung, Übergewichtigkeit und den Gesundheitsfolgen des Klimawandels zu bekämpfen. In "The Global Syndemic of Obesity, Undernutrition, and Climate Change: The Lancet Commission report" (z. Dt.: Die Globale Syndemie aus Übergewicht, Unterernährung und Klimawandel: Der Lancet-Kommission-Bericht) [1] wird unter anderem eine Reduzierung der kommerziellen Interessen der Konzerne bei der Nahrungsmittelproduktion, eine stärkere Einbindung der lokalen Ebene und der Zivilgesellschaft sowie des indigenen Wissens bei politischen Entscheidungen rundum die Nahrungsmittelproduktion und den landwirtschaftlichen Anbau empfohlen.

Der Bericht wurde am 27. Januar veröffentlicht. Seitdem hat man nichts weiter von ihm gehört; Stellungnahmen oder andere Reaktionen politischer Entscheidungsträger blieben bislang aus. Das Rad der Geschichte dreht sich weiter. Hat die Lancet-Kommission, wie so viele andere, die Mahnungen, Überlegungen und Konzepte zur Verhinderung einer wachsenden globalen Hungerlage formuliert haben, bloß in den Wind gesprochen?

Der ursprüngliche Auftrag an die Lancet-Kommission sah vor, daß sie einen Bericht zum weltweiten Phänomen des Übergewichts erarbeitet. Aus eigenen Stücken hat sie jedoch den Rahmen der Untersuchung auf jene Globale Syndemie erweitert und ist zu Empfehlungen gelangt, die weder einzigartig noch revolutionär sind, aber dennoch die Probleme der Menschheit umfassender in Angriff nehmen als andere Untersuchungen, die dem Tunnelblick ihrer jeweiligen Fachrichtung unterworfen geblieben sind.

Um ein aktuelles Beispiel zu nennen, das hier, ungeachtet der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Zielsetzungen, stellvertretend genannt werden soll: Die deutsche Kohlekommission - offiziell Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung genannt - besaß nicht den Mut oder das Interesse, ihren Auftrag dahingehend zu erweitern, daß sie gesagt hätte, wir als Vertretung des Industriestaats

Deutschland müssen auch das Thema Klimagerechtigkeit (Nord-Süd-Gerechtigkeit) in unseren Empfehlungen berücksichtigen. Bevorzugt wurde dagegen die nationale Sichtweise.

"Mangelernährung in all ihren Formen, einschließlich Fettleibigkeit, Unterernährung und anderer Ernährungsrisiken sind die wichtigsten Faktoren für die schlechte Gesundheit weltweit", beginnt der Bericht der Lancet-Kommission. "In naher Zukunft werden die gesundheitliche Auswirkungen des Klimawandels diese gesundheitlichen Herausforderungen verstärken." Von den drei einander beeinflussenden Pandemien sind alle Menschen in allen Regionen weltweit betroffen.

Die Lösungsvorschläge der Lancet-Kommission deuten auf ein modernes Politikverständnis, bei dem auf mehreren Ebenen, der globalen, nationalen, regionalen und lokalen, angesetzt wird, damit gesellschaftliche Veränderungen erzielt werden. Diese sollen nicht mehr von oben herab dirigiert werden, sondern man soll der Zivilgesellschaft mehr Einfluß einräumen. Dahinter steht die Vorstellung, daß, wenn eine Veränderung nur von genügend Menschen mitvollzogen wird, von unten nach oben so viel Druck entsteht, daß die Politik nicht anders kann, als darauf zu reagieren. Ein Schlagwort hierzu, das in anderen Kontexten gerne verwendet wird, lautet, daß die gesellschaftliche Transformation nicht mehr "top down", sondern "bottom up" eingeleitet werden soll.

Dieses Konzept hatte sich in Folge des von vielen Menschen als gescheitert angesehenen UN-Kli-

magipfels 2009 in Kopenhagen herausgebildet. Damals war deutlich geworden, daß die Regierungen nicht willens oder nicht in der Lage sind, das globale Klimaproblem konstruktiv in Angriff zu nehmen und eine enkeltaugliche Welt zu hinterlassen.

Seitdem setzt sich bei vielen engagierten Menschen in der Zivilgesellschaft die Vorstellung durch, daß das persönliche Verhalten etwas bewirken kann. Wenn beispielsweise Eltern an der Schule ihrer Kinder durchsetzen, daß diesen nicht nur Fast Food oder Fertiggerichte vorgesetzt wird, sondern daß auch gesündere Lebensmittel angeboten werden, daß die Kinder bereit sind, zuzugreifen, dann verändert sich etwas an dieser einen Schule. Machen das viele Eltern, verändert sich was an vielen Schulen, und es wächst eine Generation von Kindern heran, die eine andere Einstellung zur Ernährung haben. "Agents of change" nennt die Lancet-Kommission solche "Entscheidungsträger" in der Gesellschaft, deren kollektives Handeln dieser Vorstellung zufolge eine Veränderung bewirken kann.

Immer mit Blick auf die drei Pandemien gelangt die Lancet-Kommission zu dem Befund:

- Unterernährung ist zwar rückläufig, aber das genügt nicht, um die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG 2030) zu erreichen. Deren zweites Ziel sieht vor, den Hunger in der Welt bis zum Jahr 2030 zu beenden. Andere Ziele sind eng mit der Ernährung der Menschen verknüpft.

- Seit Beginn der 1980er Jahre hat sich eine Pandemie der Überge-

wichtigkeit und Fettleibigkeit entwickelt. Im Jahr 2015 galten weltweit zwei Milliarden Menschen als zu schwer im Verhältnis zu ihrer Körpergröße, was der Hauptfaktor für nicht-übertragbare Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Typ 2 Diabetes und bestimmte Krebsarten ist.

- Die Landwirtschaft ist ein sehr wichtiger Faktor für klimarelevante Treibhausgasemissionen. Aber auch hochverarbeitete Lebensmittelprodukte und zuckerhaltige Getränke tragen zur Emissionssteigerung bei.

Die veranschlagten finanziellen Kosten für die hier nur in wenigen Sätzen erläuterte dreiteilige Globale Syndemie sind riesig:

- Die direkten Gesundheitskosten und Verluste der ökonomischen Produktivität durch Übergewicht werden mit zwei Billionen Dollar jährlich angegeben, was 2,8 % des globalen BIP ausmacht.

- Unterernährung schlägt für Afrika und Asien mit 3,5 Bio. Dollar pro Jahr zu. Laut der Weltbank wären über zehn Jahre hinweg 70 Mrd. Dollar erforderlich, um die SDGs hinsichtlich des Punkts der Unterernährung einzuhalten. Den ökonomischen Rückfluß dieser Ausgaben beziffert die Weltbank auf 850 Mrd. Dollar.

- Der Klimawandel wird fünf bis zehn Prozent des globalen BIP in Anspruch nehmen, könnte aber durch den rechtzeitigen Einsatz von nur einem Prozent des BIP abgemildert werden.

In ihrem 56seitigen Report gibt die Lancet-Kommission neun zentrale Empfehlungen ab, die sich wiederum auf 20 Unterpunkte aufteilen. Abgesehen von sehr

allgemein gehaltenen Ratschlägen wie, daß der Blick für das Zusammentreffen der gemeinsamen Faktoren der drei genannten Pandemien geschärft werden müsse, wird die Kommission an einigen Stellen konkreter. So stellt sie fest, daß große Nahrungsmittelkonzerne und Hersteller von Süßgetränken einen zu großen Einfluß auf die Politik besitzen und in vielen Ländern die Verhängung allzu strenger Regularien verhindert haben. Zwar habe die Lebensmittelindustrie in der Vergangenheit dazu beigetragen, daß mehr Lebensmittel produziert werden, aber ausgerechnet diese Strukturen seien inzwischen überholt. Die Großindustrie habe sich zu sehr darauf verlegt, besonders energiereiche Nahrung herzustellen, wohingegen ein zu geringer Wert auf die Versorgung mit lebenswichtigen Nährstoffen (Vitamine, Mineralien) gelegt worden sei.

Die Unternehmen müßten von ihrer reinen Profitorientierung zu sozial- und umweltverträglichen Geschäftsmodellen wechseln. Auch der von Umweltorganisationen regelmäßig vorgebrachte Punkt, daß die Industrie die Profite einheimst, aber die Kosten auf die Allgemeinheit abwälzt (externalisiert), wird von der Kommission aufgegriffen:

"In Wirtschaftssystemen, in denen die Eigeninteressen mächtiger transnationaler Unternehmen finanzielle Vorteile erbringen, die maximal privatisiert sind, fallen die sozialen und ökologischen Kosten oder Externalitäten den Verbrauchern, Steuerzahlern, Hausbesitzern und zukünftigen Generationen zu. Die größten Risiken für die Gesellschaft und die wirtschaftliche Entwicklung in

der Zukunft werden stark vernachlässigt." (S. 12)

Die Bandbreite eines Ansatzes, bei dem drei globale Probleme zugleich in Angriff genommen werden, wird daran deutlich, daß sich der Report ebenfalls sehr deutlich gegen die Diskriminierung von übergewichtigen Menschen in der Gesellschaft wendet. Beispielhaft schildert eine Frau, die Mitglied der Lancet-Kommission ist, daß sie, als sie starke Hüftschmerzen hatte, von Ärzten mit der Diagnose "Übergewicht" abgespeist worden war, bis endlich ein Orthopäde herausgefunden habe, daß die Schmerzen von einer Verformung des Rückgrats ausgingen. Erst aufgrund dieser Diagnose sei die Behandlung erfolgreich verlaufen, und das Problem ihres Übergewichts habe sie nun auch im Griff. (S. 6)

Der Begriff "obesogenic environment" (Übergewicht fördernde Umwelt), von dem in dem Report immer wieder die Rede ist, verdeutlicht den bevorzugten antidiskriminatorischen Ansatz der Autorinnen und Autoren. Weg von der Bezeichnung des einzelnen sind mit "obesogenic environment" die gesellschaftlichen Bedingungen gemeint, die eine Entwicklung zu Übergewicht, das meist im Kindesalter anfängt, begünstigen. Gleich an erster Stelle steht, daß gesündere Lebensmittel in der Regel teurer sind. Zudem bewirbt die Lebensmittelindustrie ihr "convenient food" und ihre energiereichen Süßgetränke massiv. Hinzu kommt aber auch, daß Kinder von Eltern, die beide in Schichtarbeit tätig sind, häufiger vorgefertigte Lebensmittel, die sie nur noch in den Ofen schieben müssen, essen.

Bestätigt wird der Befund der Lancet-Kommission durch Beobachtungen, wonach beispielsweise Stadtviertel von London mit überwiegend einkommensschwachen Haushalten, was die Einkaufsmöglichkeiten von gesunden Lebensmitteln betrifft, unterversorgt sind und die Menschen einen vergleichsweise weiten Weg zum Einkaufen zurücklegen müssen, wollten sie sich gesünder ernähren. Und aus der kürzlich veröffentlichten Umfrage der National Health and Nutrition Examination Survey der USA geht hervor, daß dort zwischen 2013 und 2016 36,6 Prozent der Erwachsenen älter als 20 Jahre an einem Stichtag Fast Food gegessen haben. [2] Seitdem weist der Trend in den USA noch mehr in Richtung Fast-Food-Verzehr. [3]

Der vorliegende Bericht ist in diesem Jahr schon die zweite Publikation einer Lancet-Kommission zum übergreifenden Thema der globalen Transformation der Nahrungsmittelproduktion. Die erste erschien am 16. Januar unter dem Titel "Food in the Anthropocene: the EAT-Lancet Commission on healthy diets from sustainable food systems" (z. Dt.: Lebensmittel im Anthropozän: die EAT-Lancet-Kommission zu den Themen gesunde Ernährung aus nachhaltigen Ernährungssystemen). [4]

Die hier beispielhaft wiedergegebenen Empfehlungen wurden gewiß nicht mit der Absicht eines gesellschaftlichen Umsturzes verfaßt, wohl aber mit der einer Transformation, bei der einige Grundpfeiler der Gesellschaft umgestoßen und neu aufgerichtet werden. Vergleichbar beispielsweise mit den Empfehlungen, wie

sie auch der WBGU, der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, im Jahr 2011 mit seinem Hauptgutachten "Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation" [5] formuliert hat.

Die Lancet-Kommission wie auch der WBGU verfolgen einen Ansatz der Mehrebenenpolitik und beide bemühen sich um eine übergreifende gesellschaftliche Lösung globaler Probleme, die insbesondere aufgrund des Klimawandels entstehen. Auch empfehlen beide eine Verringerung des Fleischkonsums aus Gründen des Gesundheits- und Klimaschutzes. Dazu schreibt der WBGU, und es hätte auch die Lancet-Kommission sein können:

"Neben der Verschwendung von Nahrungsmitteln in Haushalten sollten vor allem sich verändernde Ernährungsgewohnheiten zugunsten tierischer Produkte verstärkt kritisch betrachtet werden. Die Viehwirtschaft beansprucht insgesamt bereits etwa drei Viertel der landwirtschaftlichen Flächen und gilt neben der Bevölkerungsentwicklung als dynamischer Faktor in der Landnutzung. Daher hätten Erfolge bei entsprechender Lenkung der Nachfrage eine erhebliche transformative Wirkung und damit ein hohes Ambitionsniveau."

[WBGU, 2011, S. 15]

So unterstützenswert all die hier genannten und auch unerwähnt gebliebenen Vorschläge der Lancet-Kommission sind, soll abschließend auf die Gefahr hingewiesen werden, daß zwar das alte System abgeschafft wird, aber daß die dahinterstehenden Inter-

essen wie zum Beispiel der weitere Ausbau der administrativen Verfügungsgewalt zwecks Sicherung der vorherrschenden Eigentumsordnung nicht in Angriff genommen, geschweige denn aus der Welt geschafft werden. Das könnte darauf hinauslaufen, daß sie im neuen Gewand weiter tätig sind und sogar gestärkt aus solch einer Großen Transformation hervorgehen.

Indes kann von einer Kommission, die von dem etablierten Medizinjournal The Lancet eingesetzt wurde und deren Mitglieder meistens auf gut dotierten Posten in etablierten Institutionen sitzen, nicht erwartet werden, daß sie die Eigentumsfrage stellt und im Zweifelsfall ihre eigene Funktion als mögliche Wegbereiterin einer Transformation von der gegenwärtigen Diktatur der Marktwirtschaft, die über 840 Millionen Menschen hungern läßt, hin zur Diktatur einer globalen Verteilungsordnung, in der die zu knappen Nahrungsressourcen für alle Menschen unter Titeln wie "ausgewogen" und "gerecht" an die Bedürftigen ausgegeben und in der Konsequenz den zu Nicht-Bedürftigen erklärten Menschen vor-enthalten werden, in Frage stellt.

Diese Aufgabe bliebe wohl jenen Kräften vorbehalten, die

sich jeglichen Versuchen der Einbindung zum Zwecke ihrer Entmündigung und Entmachtung entziehen, ohne darauf zu verzichten, den eigenen Einfluß auszubauen und die alten Strukturen zu schleifen. Wo das Diktat des Profits durch das Diktat des unmittelbaren administrativen Zugriffs ersetzt wird, kann man nicht sagen, was am Ende verheerendere Folgen für die Mehrheit der Menschen zeitigt.

Anmerkungen:

[1] tinyurl.com/y9caf9aw

[2] <https://www.cdc.gov/nchs/data/databriefs/db322-h.pdf>

[3] <https://www.statista.com/statistics/561297/us-average-fast-food-consumption-per-week/>

[4] [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(18\)31788-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(18)31788-4/fulltext)

[5] https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu.de/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pola1339.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ...
Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Uruguay / Venezuela

Mujica:

USA können nicht akzeptieren, dass China über das venezolanische Öl bestimmt

(Buenos Aires, 28. Januar 2019, nodal) - In der ersten Ausgabe dieses Jahres in seiner Sendung [1] auf dem Radiosender M24 [2] sprach der ehemalige Präsident der Republik Uruguay José "Pepe" Mujica [3] über die aktuellen Ereignisse in Venezuela. Im folgenden ist die gesamte Rede des Vorsitzenden des Frente Amplio (linkes Parteienbündnis in Uruguay) nachzulesen.

"Heute ertönen in der Karibik laute Kriegstrommeln. Grund ist die Situation in Venezuela. Wir dürfen nicht vergessen, im Krieg sterben im Allgemeinen jene, welche keine Verantwortung tragen. Und wir dürfen nicht vergessen, dass mit Wirtschaftssanktionen die Bevölkerung bestraft wird, eine Regierung wird damit fanatisiert. So geschah es in Francos Spanien, in Italien ... im Zusammenhang mit Wirtschaftssanktionen gibt es eine lange Geschichte bitterer Folgen für die Bevölkerung.

Die Diskussion über die Legitimität der einen oder anderen Regierung in Venezuela ist, so denken wir, letztendlich kindisch, links wie rechts. Das Bedrückende, das schmerzhaft Bedrückende ist die Bedrohung durch einen offenen Krieg. Deshalb war ich von Anfang an dagegen, genauso wie die uruguayische Regierung. Denn der selbsternannte Präsident in Venezuela ist entweder



*Der Ex-Präsident Uruguays,
José Mujica*

*Foto: Roosewelt Pinheiro/ABr
[CC BY 3.0 br (<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/br/deed.en>)],
via Wikimedia Commons*

noch sehr jung oder er besitzt den Rückhalt der US-Armee. Wir finden die Behauptung von Herrn Trump, dass "alle Optionen auf dem Tisch liegen", ziemlich unverschämt.

Die schlechteste Alternative ist der Krieg

Angesichts so vieler absolut zweitrangiger Informationen ist es notwendig, den zentralen

Punkt hervorzuheben: Es scheint, als wollten sie einander selbst und zugleich auch alle anderen davon überzeugen, dass die eventuelle Illegitimität der einen durch die Illegitimität der anderen ersetzt werden könnte. Und all dies unter dem Getrommel für die vermeintlich heilige Sache, "für die Demokratie", so wie es stets am Vorabend einer Invasion geschehen ist. Schon zuvor wurde das Banner des Christentums erhoben; erinnern wir uns an jenes von Valdivia: "Wir werden den Himmel mit Lanzen- und Messerstichen einnehmen", oder "für die Zivilisation" - das war die traurige Geschichte der Tripel-Allianz [4], welche Paraguay vernichtet hat - oder "für Mohammed" oder was auch immer.

Kaum jemand wird bestreiten, dass man hinter jede Leinwand schauen sollte, aber hinter einem Krieg befinden sich immer Interessen. Die Wahrheit, die harte Wahrheit ist: Dieser konservativste Mensch der Vereinigten Staaten kann nicht akzeptieren, dass China schlussendlich das Schicksal des venezolanischen Öls bestimmen wird. Das ist der Grund für die Ungeduld, die die USA gepackt hat. Ich sage das, weil mir vor einigen Jahren ein ranghohes Mitglied der Obama-Regierung schrieb: "Wir haben nicht vor, in

Venezuela zu intervenieren, sie zerstören es schon von alleine". Die Intelligenzija war zu jener Zeit gespalten, es gab Gründe so zu denken. Wir müssen uns im Leben vor Hass hüten, denn er amputiert den Verstand und lässt uns manchmal nicht sehen, was wichtig ist.

Man kann Kapitalismus nicht durch Bürokratie ersetzen

In jenem Moment gab es Dinge, die einen dazu verleiteten, so zu denken, denn in Venezuela gab es eine notorische Verwechslung zwischen Wunschdenken und möglicher Realität. Man konnte nicht verstehen, dass die verschiedenen Wirtschaftszweige um zu funktionieren, Wissen und viel ehrliches Interesse benötigen. Man konnte nicht verstehen, dass man den Kapitalismus nicht durch Bürokratie ersetzen kann, aber vor allem wurde die tragische Geschichte Venezuelas nicht verstanden. Das mündete in einer stillschweigenden Populärkultur, die der Arbeit ihre Kreativität entzogen hat; denn über fast ein Jahrhundert lief es so, das fast alles importiert wurde. Vom Import zu leben war einfacher, schneller und die Qualität war besser. Das alles war nur möglich dank des Ölreichtums. Und so wurde die Innovationskraft der Arbeit vernichtet.

Und es war ein schwerer Fehler, nicht die enorme Geduld und Zeit zu bemessen, die ein kultureller Wandel benötigt. Er ist nicht durch Freiwilligkeit zu ersetzen, denn man kann nicht auf lange Sicht verteilen, was nicht kurzfristig erwirtschaftet wird. Zu dieser Führungskrise kam das Fallen der

internationalen Ölpreise, der Wirtschaftskrieg mit seinen Sanktionen und die fehlende Reinvestition in die Ölförderung. All das hat sich zugespitzt und so musste sich das Regime in Venezuela zwangsläufig den Heilsbringern China und Russland annähern. Und das ist es, was die USA heute nicht ertragen. Die Geduld ist vorbei, die Zeit ist abgelaufen.

Kein Platz mehr für Souveränität und Selbstbestimmung

Zum einen gab es eine Politik der Umzingelung, die mit ihren Taten zu diesem historischen Kurs neigte, aber sie kann die Folgen nicht ertragen, bei allem, was auf dem Spiel steht. Und sie ändert den Text, denn so ist die Geschichte. Sie hat einen gewaltigen Verbündeten: die Wirtschaftskrise mit ihren sozialen und politischen Folgen. Und genau so wie man einen Diskurs über den Freihandel führte, der 50 Jahre lang um die ganze Welt stürmte und erst vor kurzem zu einem "America First" gemacht wurde, genau so wurde jetzt begonnen, Grenzen und Hürden zu bauen. Es war erst gestern, da wurde nicht etwa die Legitimität von Pinochet, Castelo Branco oder Videla in Frage gestellt - sondern es wurde davon geredet, die Souveränität, die Selbstbestimmung zu respektieren. Diese beiden Konzepte scheinen im Uruguay von heute eher der Nostalgie von verschwundenen alten Schmieden zu entsprechen, denn diese Konzepte wurden im Prinzip, beziehungsweise als linke Prinzipienreiterei beerdigt. Aber in der heutigen, globalisierten Welt scheint dafür kein Platz mehr zu sein, insbesondere nicht für jene, die Öl besitzen.

Heute ersetzt man diese Art Politik durch ein Gerede über "Demokratie, Demokratie" - Demokratie, die nach Öl riecht, so wie in Libyen, und das ist ein noch ganz frisches Beispiel. Wer, mit gesundem Menschenverstand, kann heute freie Wahlen für alle politischen Strömungen in Venezuela gewährleisten? Wer kann Straffreiheit für die Zukunft und für die Vergangenheit garantieren, und zudem versuchen, aus der Konfrontation eine Opposition zu bilden? Dieses Wunder wäre nur mit einer Art geschäftsführender Junta möglich, in welcher alle politischen Strömungen saßen, streng überwacht und gewährleistet durch die Vereinten Nationen. Ich sehe keinen anderen Weg, der das garantieren kann, außer die Vereinten Nationen mit ihrem Sicherheitsrat, der sehr engagiert und beständig arbeitet.

Es fehlt der politische Wille, eine Alternative aufzubauen

Nichts davon wird geschehen. Europa ist in dieser Region nicht vertreten, es erweckt beschämend den Eindruck, sich die Hände in Unschuld zu waschen. Es fehlt der politische Wille, eine Alternative über die unmittelbaren Interessen hinaus aufzubauen. Und dieser Mangel an politischem Willen führt dazu, dass Krieg entsteht. Damit wird dem Regime in Venezuela letztlich keine andere Wahl gelassen, als im Kampf zu sterben. Vielleicht hat der Irrweg Venezuelas, sei es aus Opposition, Hass oder Wut, den Verstand vernebelt, so dass Venezuela nicht sehen konnte, dass der mächtige Bruder im Norden nicht erträgt, dass die aufgehende Son-

ne im Osten das venezolanische Öl kontrolliert. Heute ertönt der verzweifelte Schrei nach Demokratie. Er wirkt wie eine emotionale Projektionsfläche in diesen globalisierten Zeiten, in denen der Finanzkapitalismus mit Algorithmen und ohne Emotionen anzeigt und entscheidet, wo und wann investiert wird.

Ist der Krieg eine Investition?

Die große Frage ist: Ist in diesem Fall der Krieg eine Geldanlage? Freunde, das ist die Situation; der Vorschlag Europas, Gesamtwahlen abzuhalten - wohl wissend, dass damit die Souveränität und die Selbstbestimmung mit Füßen getreten werden - ist Unsinn. Aber, ich wiederhole mich, in der heutigen Welt gibt es das nicht für Länder, die - wenigstens das - viel Öl besitzen. Es gibt mehr schlecht als recht einen Ausweg, aber er sollte unter Aufsicht der Vereinten Nationen gewährleistet sein. All dies kann man ganz grundsätzlich kritisieren; aber die schlechteste Alternative ist der Krieg, denn wir wissen bereits, wer die Kosten des Krieges trägt.

Deshalb haben wir die Position der Regierung von Uruguay unterstützt, denn eines ist klar, das einzige Mittel, um Krieg zu verhindern, ist Politik. Nur die Politik kann Krieg vermeiden, aber sie braucht Willen und Engagement. Es gibt noch andere, die eine dritte Alternative hochhalten: einen Militärputsch, der freie Wahlen gewährleisten würde. Aber wir bleiben bei unserer Meinung. Am Wichtigsten ist in jedem Fall, einen Krieg zu vermeiden, was momentan sehr schwierig erscheint, und aus der Kon-

frontation eine Opposition zu bilden, im Kampf um die Republik.

Natürlich muss jedwede Entscheidung von Hilfslieferungen begleitet werden, insbesondere umgehend von Medizin und Nahrungsmitteln. Zwar haben wir Menschen weitgehend bewiesen, dass wir die wohl intelligentesten Tiere und zuweilen auch die erhabensten sein können. Genauso können wir manchmal aber auch die dümmsten, die idiotischsten und die egoistischsten sein."

Anmerkungen:

[1] <http://m24.com.uy/sites/default/files/2019-01/20190128%20MUJICA.mp3>

[2] <http://m24.com.uy/mujica-ante-la-peor-alternativa-de-guerra-en-venezuela-una-salida-seria-elecciones-totales-con>

[3] https://de.wikipedia.org/wiki/Jos%C3%A9_Mujica

[4] <https://de.wikipedia.org/wiki/Tripel-Allianz-Krieg>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/mujica-koennen-nicht-akzeptieren-dass-china-ueber-das-venezolanische-oel-bestimmt/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmsp0834.html>

Täglich Umweltdaten zu der Luftbelastung in den Bundesländern siehe unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/ip_umwelt_umweltd_luft-ba.shtml

bis

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/ip_umwelt_umweltd_luft-th.shtml

UMWELT / INTERNATIONALES / KATASTROPHEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Bisher 134 Tote bei Dambruch in Minas Gerais



*Dambruch in Brumadinho
Foto: Brasil de Fato*

(São Paulo, 25. Januar 2019, brasil de fato/poonaal) - Im südbrasilianischen Bundesstaat Minas Gerais brach am 25. Januar der Staudamm eines Rückhaltebeckens in Brumadinho [1], im Ballungsgebiet von Belo Horizonte. Der Damm gehörte zur Eisenerzmine "Córrego do Feijão" des Bergbaukonzerns Vale. Mittlerweile geht man von 134 Toten und 199 Verschwundenen [2] aus. 192 Menschen konnten gerettet werden; 108 waren gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Die Regierung des Bundes-

staates hält die Bevölkerung aufgrund der Verschmutzung an, nicht in Kontakt mit dem Flusswasser zu kommen oder es zu trinken. Es wird empfohlen, 100 Meter Abstand zum Flussbett zu wahren.

Der Dambruch in Brumadinho ereignete sich knapp drei Jahre nach der Umweltkatastrophe in Mariana [3], ebenfalls im Bundesstaat Minas Gerais. Bei dem Unfall im November 2015 wurde die Gegend mit 62 Millionen Kubiklitern Abraumschlamm verseucht. Bei dem Bruch des Damms "Fundao" des Konzerns Samarco (der ebenfalls zu Vale

gehört) wurden damals 19 Menschen getötet.

Lizenzen im Schnellverfahren

Die Koordinatorin Maria Júlia Gomes de Andrade der Bewegung für Bürgersouveränität im Bergbau MAM (Movimento pela Soberania Popular na Mineração) kritisierte, dass die Lizenz für eine Vergrößerung des Rückhaltebeckens in einem Schnellverfahren im Dezember ausgestellt wurde. Verantwortlich dafür war die Regierung des Staates Minas Gerais. "Sie haben für eine Erweiterung drei Lizen-

zen gleichzeitig bearbeitet - eine für die Vorarbeiten, eine für den Bau und eine für den Betrieb - und so den Vorgang beschleunigt. Die Bevölkerung im Umkreis dieses neuen Bauprojekts hatte große Bedenken bezüglich der Auswirkungen dieses Ausbaus. Jetzt sehen wir, dass die Angst der Menschen gerechtfertigt war."

Die Bewegung der Betroffenen von Staudämmen MAB (Movimento dos Antígidos por Barragens) hat bereits ihre Solidarität mit den Betroffenen des Unglücks geäußert. "Wir stellen uns gegen das aktuelle Modell von Bergbau mit privatisierten und multinationalen Konzernen, die um jeden Preis auf einen größtmöglichen Gewinn aus sind, was Auswirkungen auf die Leben von Tausenden von Menschen hat", verkündete die Organisation in einer schriftlichen Stellungnahme. "Das Rückhaltebecken umfasst eine Million Kubikmeter Minenschlamm, der sich nun über den Fluss Paraopeba ergießt und eine Spur von Zerstörung und Tod zurücklässt. Das gefährdet die Versorgung von tausenden Familien in mehr als 48 Gemeinden des Paraopeba-Flussbeckens."

Verantwortungsloser Umgang mit Menschenleben und Umwelt

Ein archivierter Gesetzesvorschlag von 2015 [4] sollte Rückhaltebecken mit nassem Abraum verbieten und den Ausbau von Trockenbecken fördern. Autor des Gesetzes war der Bundesabgeordnete der Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores) Re-

ginaldo Lopes, der ebenfalls Stellung zu dem Umweltunglück bezog: "Das ist verantwortungslos und kriminell, weil es sich um die gleiche [Unternehmens]Gruppe handelt. Nun passierte nach drei Jahren das gleiche in derselben Region. Es ist nicht akzeptabel, einen so verantwortungslosen Umgang mit Menschenleben und der Umwelt weiter geschehen zu lassen".

Die MAB traf sich am 1. Februar [5] mit der brasilianischen Generalstaatsanwaltschaft und forderte Garantien dafür, dass dieser Fall nicht straflos enden würde, wie das beim Verbrechen des Unternehmens Samarco 2015 der Fall war. Nach dem Treffen richteten die Staatsanwältin Raquel Dodge und der Präsident des Obersten Gerichtshofs Dias Toffoli eine Beobachtungsstelle für die Überwachung großer Tragödien ein. Das Ministerium für Soziales kündigte Schadensersatzzahlungen für die Bewohner*innen von Brumadinho an.

Warnungen ignoriert

Ende 2018 hatte Brasil de Fato einen Bericht veröffentlicht, der vor dem Ausbau des Bergwerks in der Stadt warnte. Am 11. Dezember hatte das Gremium von Minas Gerais für Umweltpolitik Copam (Conselho Estadual de Política Ambiental) die Erweiterung der Mine in Brumadinho genehmigt, sowie einer weiteren in Sarzedo, das ebenfalls im Ballungsraum von Belo Horizonte liegt. Die Bergwerke befinden sich in der Pufferzone des Nationalparks Rola Moca. Gegen deren Ausbau gab es immer wieder

starken Widerstand der Anwohner*innen. Bei der Abstimmung über den weiteren Betrieb der beiden Minen gab es lediglich eine Gegenstimme und zwei Enthaltungen, kritisierte Maria Teresa Viana, Mitglied des Copam.

Die Regierung von Minas Gerais teilte kurz nach dem Dammbruch mit, dass eine Spezialeinheit vor Ort sei. Auch der Bergbaukonzern Vale äußerte sich: "Höchste Priorität des Unternehmens ist nun, die Leben der Angestellten und Angehörigen der Gemeinde zu erhalten und zu schützen".

Der rechtsextreme Präsident Jair Bolsonaro bedauerte den Unfall über Twitter und schrieb, dass es nun vor allem darum ginge, "mögliche Opfer dieser schlimmen Tragödie zu versorgen". Noch einige Tage vor dem Unglück hatte Bolsonaro auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos erklärt: "Wir sind das Land, was am meisten für den Umweltschutz tut. Kein anderes Land der Welt besitzt so viele Wälder wie wir".

Anmerkungen:

[1] https://de.wikipedia.org/wiki/Dammbruch_von_Brumadinho

[2] <https://g1.globo.com/mg/minas-gerais/noticia/2019/02/05/brumadinho-buscas-por-vitimas-entramno-12o-dia.ghtml>

[3] https://de.wikipedia.org/wiki/Dammbruch_von_Bento_Rodrigues

[4] <https://www.camara.leg.br/proposicoesWeb/fichadetramitacao?idProposicao=2055555>

[5] <https://www.brasildefato.com.br/2019/02/01/brasil-7-dias-despues-del-crimen-110-muertos-afectados-protestan-contra-mineras/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/bisher-134-tote-bei-dammbruch-in-minas-gerais/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uika0165.html>



Kooperationspartner
von Schattenblick

UMWELT / WASSER / EUROPA

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Wasserrecht (Italien):

Kommission verabschiedet Text zur erneuten Veröffentlichung

*vom Forum Italiano dei Movimenti per l'Acqua, Italien,
4. Februar 2019*

Heute hat der Umweltausschuss der Abgeordnetenversammlung beschlossen, dass die Diskussion über die Wasserwirtschaft nur noch über den Gesetzentwurf "Bestimmungen über die öffentliche und partizipative Bewirtschaftung des integralen Wasserkreislaufs" fortgesetzt wird, indem der andere Gesetzentwurf, der zuerst von Chiara Braga, Abgeordnete des PD - Partito Democratico (Demokratische Partei) unterzeichnet wurde, endgültig aufgehoben wird.

Wir sind sehr zufrieden mit diesem Schritt, der die richtige Richtung aufzeigt, in welche das Parlament gehen sollte. Wir möchten daran erinnern, dass dieses Gesetz auf einem Bürgerinitiativgesetz aus dem Jahr 2007 beruht, welches vom Italienischen Forum der Bewegungen für Wasser [1] mit über 400.000 Unterschriften vorgelegt wurde, und dann in der letzten Legislaturperiode mit Unterstützung der parlamentarischen Gruppe für das Gemeinwohl im Wasserbereich hinterlegt wurde. Anschließend wurde es weiter aktualisiert und in dieser Legislaturperiode hinterlegt, unterzeichnet von mehreren Mitgliedern der M5S [2] (Fünf-Sterne-Bewegung).

Dies scheint uns ein gutes Zeichen zu sein, denn der Ausschluss des anderen Textes bedeutet in der Tat, den Versuch der Demokratischen Partei und anderer politischer Kräfte abzulehnen, die Diskussion über dieses Gesetz zu nutzen, um das Privatisierungsprojekt durch die Vorlage eines Gesetzes fortzusetzen, das im Wesentlichen die Aufrechterhaltung des Status quo verfolgt und daher eine weitere unverhohlene und schamlose Missachtung des Ergebnisses des Referendums ist.

Generell hoffen wir, dass die heutige Abstimmung eine Übernahme von Verantwortung darstellt, beginnend mit der Mehrheit der Regierung, im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, unserem Land einen einheitlichen Rechtsrahmen für das Gemeingut Wasser zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören die Einführung von Modellen der öffentlichen und partizipativen Verwaltung der Wasserversorgung, die sofortige Wiederveröffentlichung sowie der Abzug der entsprechenden Befugnisse von der ARERA, der Regulierungsbehörde, die in den letzten Jahren gezeigt hat, dass sie die Interessen der Unternehmen und nicht der Nutzer schützt.



Edward Hughson

„Moondyne“

Singer-Songwriter Folk und Country
aus New South Wales / Australien

Mittwoch, 13. Februar 2019, 20.00 Uhr

Kulturcafé Komm du

Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg-Harburg, www.komm-du.de

Eintritt frei / Hutspende

Deshalb fordern wir das Parlament auf, die Diskussion über unseren Gesetzentwurf zügig fortzusetzen, bis er ohne Verdrehungen angenommen wird, ganz im Sinne des Willens des Volkes, der von der absoluten Mehrheit des italienischen Volkes in den Referenden im Jahr 2011 deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Denn wieder einmal schreibt man Wasser, aber man liest Demokratie.

Übersetzt von Lorenzo Molinari,
Pressenza Budapest

Anmerkungen:

[1] <http://www.acquabenecomune.org/>

[2] https://de.wikipedia.org/wiki/MoVimento_5_Stelle

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/wasser/uwaeu191.html>



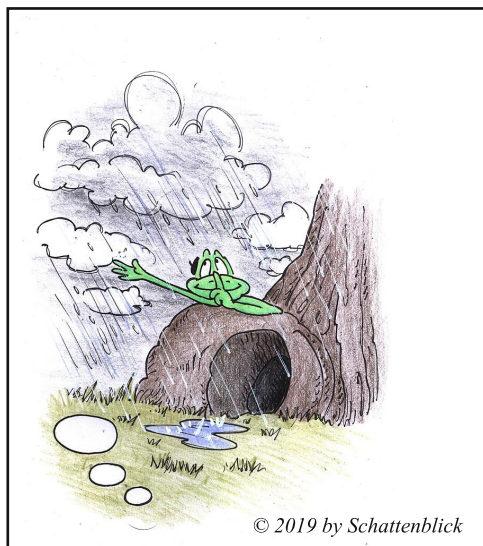
Inhalt Ausgabe 2823 / Donnerstag, den 7. Februar 2019

- 1 REDAKTION: Militär - systemische Kriegsverbrechen der Briten ...
- 3 POLITIK - KOMMENTAR: USA - zurück ins 18. Jahrhundert ...
- 4 SCHACH-SPHINX: Fehler immer wieder neu
- 5 POLITIK - MEINUNGEN: Ernährung - Zukunft ungewiß ...
- 9 MEINUNGEN: USA können nicht akzeptieren, dass China ... (poonal)
- 12 UMWELT: Bisher 134 Tote bei Dambruch in Minas Gerais (poonal)
- 14 UMWELT: Wasserrecht - Kommission verabschiedet Text ... (Pressenza)
- 16 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 7. Februar 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 7. Februar 2019

+++ Vorhersage für den 07.02.2019 bis zum 08.02.2019 +++



Grau auf Dauer
geht doch nicht.
Endlich Schauer,
Jean hält dicht.

© 2019 by Schattenblick

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.